



Seit längerem haben wir uns nicht mehr bezüglich der gegen das Gemeinwohl der europäischen Völker gerichteten Politik des EU-Sowjets (auch EU-Kommission genannt) und der Europäischen Zentralbank EZB zu Wort gemeldet. Man könnte täglich über neue Gesetzesbrüche und ans kriminelle grenzende Taten dieser Feinde der europäischen Völker berichten, doch diese betreiben ihre unverantwortliche Politik zur Durchsetzung der EUdSSR weiter, ohne Rücksicht auf Verluste. Jetzt haben junge Unternehmer unter dem gleichnamigen Verband in Berlin vor dem Reichstag gegen die Zerstörung der Grundlagen der Marktwirtschaft durch die EZB demonstriert.

Der Verband „Die Jungen Unternehmer“ richtet sich mit seiner Demonstration am Mittwoch vor allem gegen die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die Jungunternehmer verteilten vor dem Parlament hunderte Flugblätter und bauten eine symbolische Notenpresse auf. Damit wollten sie auf die Gefahr des von der EZB durchgesetzten grenzenlosen Ankaufs von Staatsanleihen aufmerksam machen. Diese Politik führt zu einer Hyperinflation in bereits in Kürze spürbar wird.

Die verantwortungslose Politik der EZB gefährde die Ersparnisse und die Renten der kommenden Generationen, warnte die Vorsitzende des Verbandes, Marie-Christine Ostermann. „Wir verteilen hier symbolische 100.000 Euro Scheine, um zu zeigen, wohin die Politik der Zentralbank führt.“ Durch die Vermehrung der Geldmenge werde auch die Inflation weiter zunehmen, betonte Ostermann.

Die Unternehmer forderten deswegen ein Ende des Ankaufprogramms und eine Rückkehr zur Unabhängigkeit der Zentralbank nach Vorbild der Deutschen Bundesbank.

Zudem müssten die Stimmgewichte im EZB-Rat an die Haftungsquoten der Länder angepasst werden. Derzeit verfügen Staaten wie Malta, Irland und Slowenien dort über eine Stimme, während die Bundesrepublik zeitweise zwei Mitglieder stellt. Deutschland haftet jedoch für weit mehr als 20 Prozent der EZB-Schulden.

Man kann leider davon ausgehen, dass auch diese Proteste an der Bundesregierung unter Merkel und Finanzminister Schäuble abprallen. Die Politik der Bundesregierung ist weder im Interesse der Unternehmer noch im Interesse der Arbeitnehmer, obwohl der „Vertreter“, die Gewerkschaften, die Eurorettungspolitik unterstützen und sich damit, wie so oft, gegen die Interessen ihrer Mitglieder richten.

Seit gestern sickert zudem die Meldung durch, dass Griechenland weitere Milliarden bekommen wird und einen weiteren Aufschub bis 2016 um seine Schuldenpolitik zu sanieren. Fachleute sind sich schon seit langem einig, dass selbst ein Aufschub der Schuldenrückzahlung bis zum Jahr 2500 Griechenland nicht vor dem Zusammenbruch retten wird. Die einzige Folge dieser „Rettungspolitik“ besteht darin, dass alle Euromitgliedsstaaten mit in die Pleite gerissen werden. Dies ist jedoch die Absicht der Eurokraten um auf diesem Weg dann die EUdSSR einzuführen.